infratest dimap

Dezember 2021

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-Deutschland**TREND**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin

infratest dimap

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 1

Corona: Sorge vor Engpässen in der medizinischen Versorgung größer als vor einem Jahr 3

Kritik am Corona-Krisenmanagement, geschäftsführende Bundesregierung eher in der Kritik als Ampel-Parteien 4

Mehrheit für Verschärfung von Corona-Regularien 5

Unterstützung für Impfpflicht, Widerspruch zu Einschränkungen im Bildungsbereich 6

Politikerzufriedenheit: Scholz und Lindner mit deutlichen Verlusten 7

FDP bei Koalitionsverhandlungen im Vorteil 8

Koalitionsvertrag: Hälfte sieht Antworten auf Fragen der Zukunft 9

Ampel-Vorhaben: Ja zum Mindestlohn, Nein zur Absenkung des Wahlalters 10

Zweifel an Ampel-Rentenplänen 12

Sonntagsfrage: SPD verliert, Union legt zu 13

Studieninformation 14

Zusammenfassung

Deutschland befindet sich in der vierten Corona-Welle und kämpft mit Rekordinfektionszahlen. Die Sorge, sich selbst mit dem Corona-Virus anzustecken, ist binnen eines Monats gestiegen und bewegt derzeit jeden Dritten. Größere Sorgen als die eigene Infektion bereiten mögliche Ansteckungen bei bislang ungeimpften Kindern, mehr noch aber schwerere Krankheitsverläufe bei Älteren. Sechs von zehn treibt die Sorge vor neuen Varianten wie dem Omikron-Virus um. Ebenso viele und damit erkennbar mehr als Ende letzten Jahres fürchten Engpässe in der medizinischen Versorgung von Erkrankten. Die Furcht vor sich erneut ausdünnenden sozialen Kontakten bewegt die Hälfte der Deutschen. Wirtschaftliche Sorgen benennen im Zusammenhang mit Corona drei von zehn, sie sind damit verbreiteter als im Dezember 2020.

Die Reaktion der Politik auf die vierte Pandemie-Welle überzeugt die Deutschen nicht. Acht von zehn üben am Krisenmanagement von Bund und Ländern Kritik. Die Verantwortung für die aufgelaufenen Probleme im Krisenmanagement wird weniger bei den Ländern als beim Bund gesehen und dort wiederum vor allem bei der sich noch im Amt befindlichen Bundesregierung, kaum dagegen bei den Ampel-Parteien. Mit Amtsantritt wird im Bund auch die Ampelkoalition an ihrer Corona-Politik gemessen werden. Die meisten Deutschen wünschen sich in der aktuellen Lage einen härteren Kurs. Sechs von zehn gehen die bestehenden Corona-Maßnahmen nicht weit genug, so viele wie noch nie seit Ausbruch der Pandemie. Zu den von deutlichen Mehrheiten unterstützten Corona-Maßnahmen gehören neben der Einführung einer Corona-Impfpflicht der erneute Publikumsausschluss bei Bundesliga-Spielen, die strengere Beschränkung von Kontakten sowie das Schließen von Bars und Kneipen wie auch von Weihnachtsmärkten. Während ein Lockdown für Kultureinrichtungen umstritten ist, fände ein Verbot touristischer Übernachtungen ebenso wenig Unterstützung wie Schließungen in Gastronomie oder im stationären Einzelhandel. Erneute Einschränkungen bei Schulen und in der Kita-Betreuung von Kindern lehnt anders als Ende letzten Jahres jeweils eine klare Mehrheit ab.

Mitten in der vierten Pandemie-Welle vollzieht sich in Deutschland die Übergabe der Regierungsgeschäfte. Zu Angela Merkel äußern sich zum Ende ihrer Kanzlerschaft knapp sieben von zehn zufrieden. Sie ist damit unmittelbar vor ihrer Verabschiedung aus dem Kanzleramt die mit Abstand populärste Politikerin und überzeugt mehr Wahlberechtigte als die Spitzen des künftigen Ampel-Bündnisses. Der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz findet aktuell Rückhalt bei jedem Zweiten. Der SPD-Politiker sieht sich wie auch sein Koalitionspartner Christian Lindner von der FDP vor dem anstehenden Regierungswechsel mit deutlicheren Sympathieeinbußen konfrontiert. Der von den Ampel-Parteien vorgelegte Koalitionsvertrag trägt nach Ansicht von vier von zehn am ehesten die Handschrift der Liberalen. Für ein Drittel haben sich die Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen am stärksten durchgesetzt, für 13 Prozent die Grünen. Während in den Reihen von SPD und FDP bei gut vier von zehn der Eindruck besteht, die eigene Partei habe am besten verhandelt, teilt bei den Grünen-Anhänger nur jeder Sechste diese Ansicht. Dennoch sind die Grünen-Anhänger mehr noch als die von FDP und SPD der Meinung, der vorgestellte Koalitionsvertrag liefere die richtigen Antworten auf die Fragen der Zukunft. Von den Bundesbürgern insgesamt vertritt nur etwa jeder Zweite diese Position.

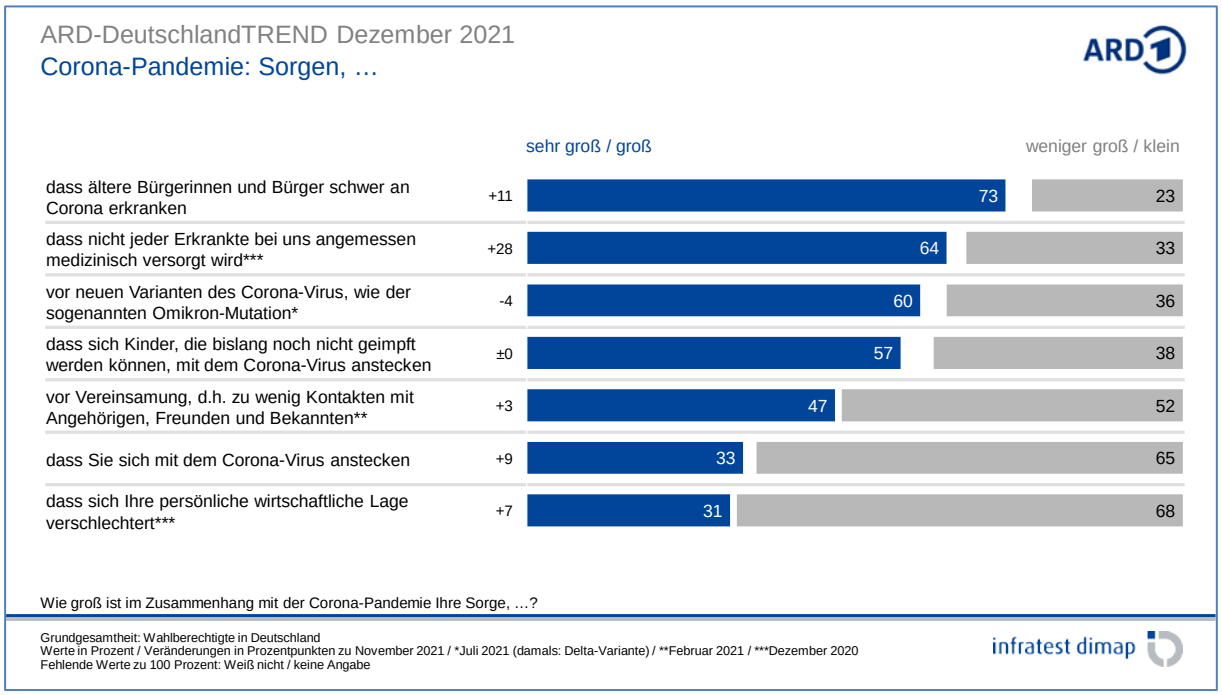
Zu den Vorhaben der Ampel-Koalition, die in der Bevölkerung eine deutliche Unterstützung finden, gehören der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Einführung eines Klimachecks in der Gesetzgebung des Bundes, ferner die geplante Anhebung des Mindestlohns sowie die Bündelung staatlicher Leistungen für Kinder in einer Kindergrundsicherung. Überwiegenden Zuspruch finden ebenso ein vorzeitiger Kohleausstieg sowie die Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche. Auf ein eher geteiltes Echo stoßen in der Bevölkerung dagegen Pläne zur Cannabis-Legalisierung. Eher ablehnend stehen die Deutschen der vereinfachten Einbürgerung von Migranten sowie der Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr gegenüber. Nur wenig Zuspruch findet der Vorschlag zur Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre. Die Rentenvorhaben der Ampel, angefangen von

der Stabilisierung des Rentenniveaus bis hin zur Aktienrente, wecken bislang nur wenig Euphorie. Sieben von zehn sind skeptisch, dass die Pläne langfristig eine auskömmliche Rente sichern könnten.

In der aktuellen politischen Stimmung ergeben sich nur geringfügige Veränderungen. Bei einer Wahl zum jetzigen Zeitpunkt hätte die SPD 25 Prozent in Aussicht, 2 Punkte weniger als im Vormonat. Die Grünen liegen mit 17 Prozent (+1) etwas besser, die FDP mit 12 Prozent (-1) geringfügig schlechter. Die Union legt im Monatsverlauf um 2 Punkte auf 23 Prozent zu. Die AfD verbessert sich um 1 Punkt auf 11 Prozent, während die Linke unverändert 5 Prozent in Aussicht hätte. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 7 Prozent (-1).

Corona: Sorge vor Engpässen in der medizinischen Versorgung größer als vor einem Jahr

Deutschland befindet sich in der vierten Corona-Welle seit Ausbruch der Pandemie und kämpft mit Rekordinfektionszahlen. Die Sorge, sich selbst mit dem Corona-Virus anzustecken, ist binnen eines Monats gestiegen und bewegt derzeit jeden Dritten (33 Prozent; +9). Größere Sorgen als die eigene Infektion bereiten den Deutschen weiterhin mögliche Ansteckungen bei bislang ungeimpften Kindern (57 Prozent; +/-0), mehr noch aber schwere Krankheitsverläufe bei älteren Infizierten (73 Prozent; +11). Zwei Drittel (64 Prozent; +28 zu Dezember 2020) und damit erkennbar mehr als während der zweiten Infektions-Welle Ende letzten Jahres fürchten Engpässe in der medizinischen Versorgung von Corona-Erkrankten. Sechs von zehn Bundesbürgern (60 Prozent) treibt derzeit die Sorge vor neuen Varianten wie dem Omikron-Virus um.



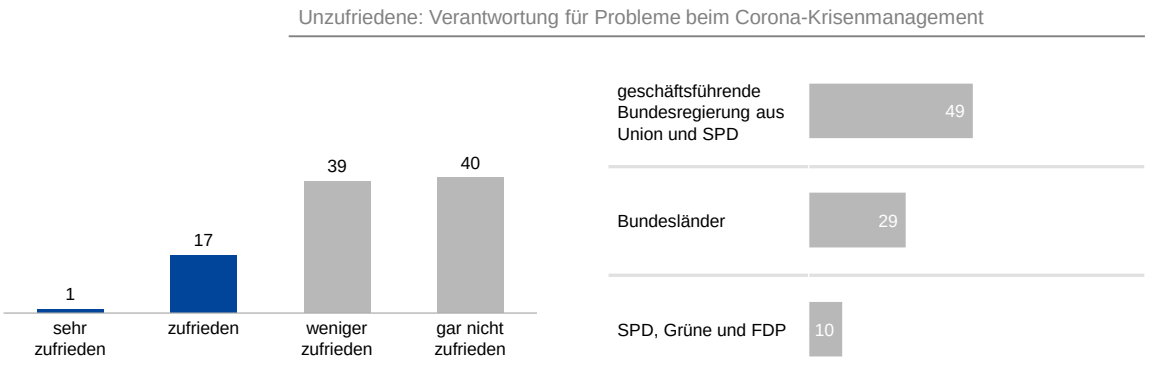
Die Furcht vor sich erneut ausdünnenden sozialen Kontakten bewegt ähnlich wie zu Jahresbeginn etwa die Hälfte der Deutschen (47 Prozent; +3 zu Februar), darunter überdurchschnittlich viele jüngere Bundesbürger. Wirtschaftliche Sorgen benennen im Zusammenhang mit Corona drei von zehn (31 Prozent; +7), sie sind damit verbreiteter als im Dezember 2020.

Kritik am Corona-Krisenmanagement, geschäftsführende Bundesregierung eher in der Kritik als Ampel-Parteien

Die bisherige Reaktion der Politik auf diese vierte Pandemie-Welle überzeugt die Deutschen nicht. Acht von zehn (79 Prozent) üben am Corona-Krisenmanagement von Bund und Ländern Kritik, nur etwa jeder Sechste (18 Prozent) äußert sich zufrieden. Die Verantwortung für die aktuellen Probleme im deutschen Krisenmanagement sehen die Wahlberechtigten nicht in erster Linie bei den Ländern (29 Prozent), sondern beim Bund. Dort wiederum wird vor der Übergabe der Regierungsgeschäfte vor allem die noch im Amt befindliche Bundesregierung für die aufgelaufenen Schwierigkeiten in der vierten Pandemie-Welle verantwortlich gemacht (49 Prozent), weniger dagegen das in den Startlöchern stehende Bündnis von SPD, Grünen und FDP (10 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2021

Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement in Bund und Ländern

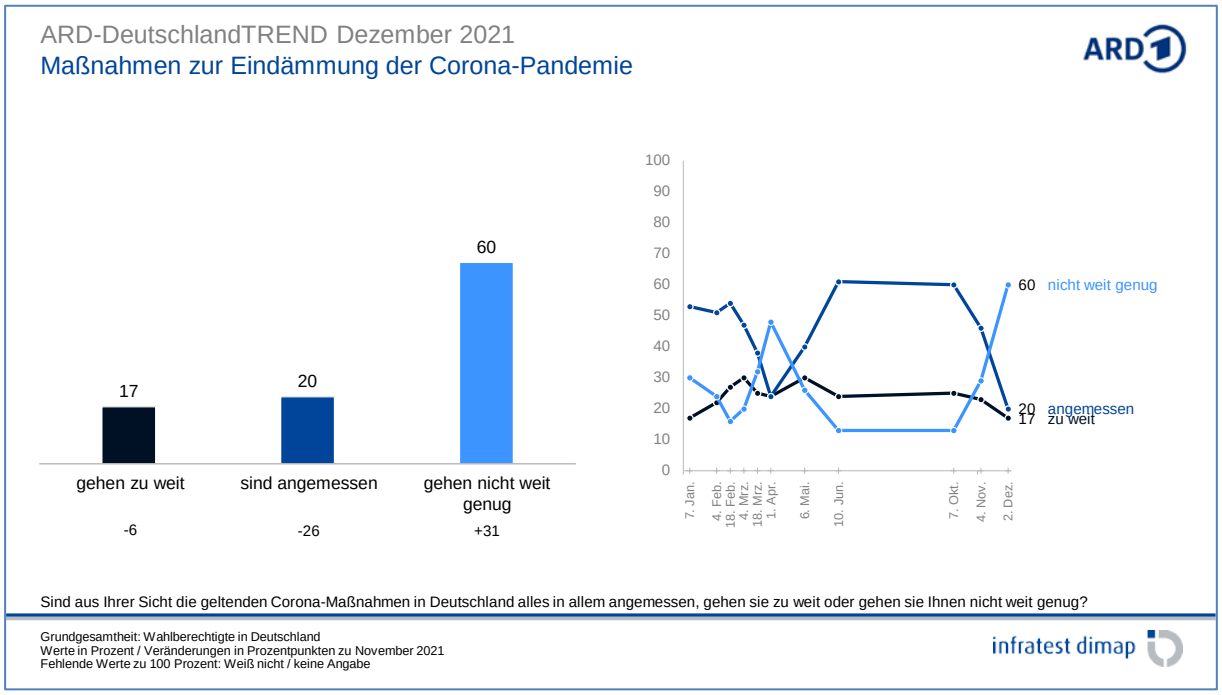


Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement in Bund und Ländern? // Wer trägt aus Ihrer Sicht in erster Linie die Verantwortung für die aktuellen Probleme im Corona-Krisenmanagement?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

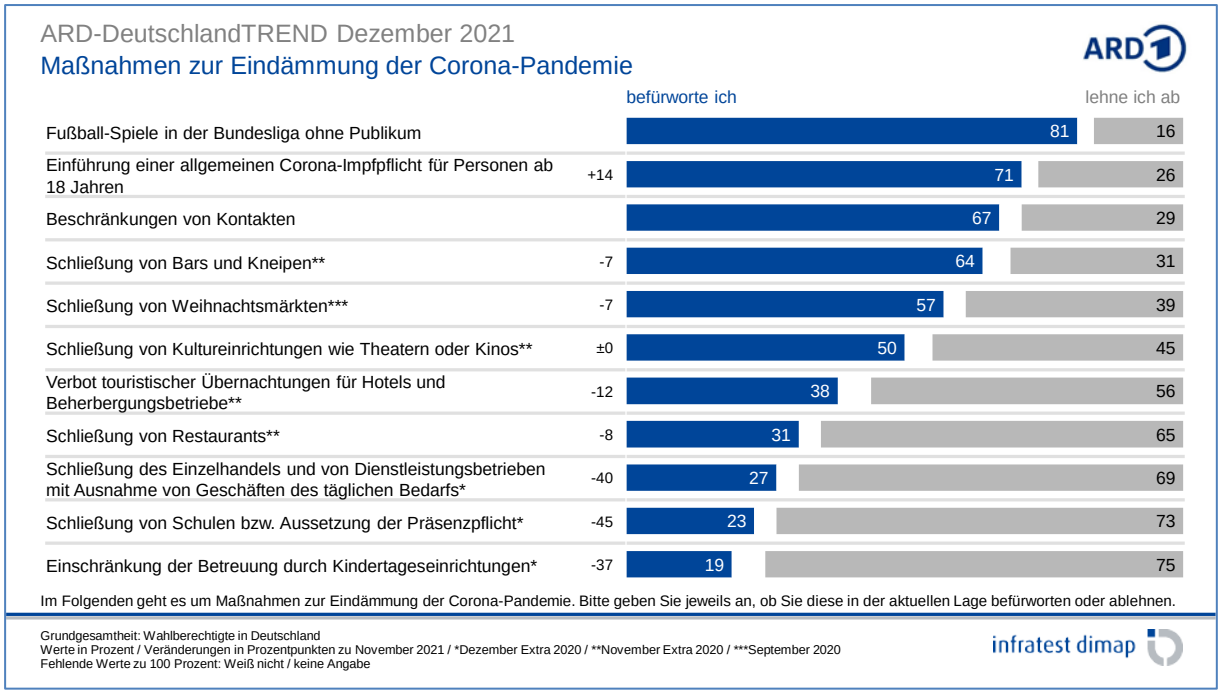
Mehrheit für Verschärfung von Corona-Regularien

Mit Amtsantritt wird im Bund die Ampelkoalition an ihrer Corona-Politik gemessen werden. Die meisten Deutschen sprechen sich in der derzeitigen Situation für einen härteren Kurs aus. Sechs von zehn Wahlberechtigten (60 Prozent) gehen die bestehenden Corona-Maßnahmen in der Bundesrepublik nicht weit genug, so viele wie noch nie seit Ausbruch der Pandemie. Nur jeder Fünfte (20 Prozent) bezeichnet die geltenden Corona-Regularien als weiterhin angemessen, während sie für jeden Sechsten (17 Prozent) zu weit gehen. In den Reihen der drei Ampel-Koalitionäre überwiegt die Unterstützung für weitergehende Corona-Maßnahmen nicht nur bei den Anhängern von SPD (74 Prozent) und Grünen (70 Prozent), sondern auch bei den Anhängern der FDP (56 Prozent). Mehrheitlichen Zuspruch findet eine Verschärfung der Corona-Regularien auch in den Reihen der Bundestagsopposition, die AfD-Anhänger ausgenommen.



Unterstützung für Impfpflicht, Widerspruch zu Einschränkungen im Bildungsbereich

Zu den in der aktuellen Situation unterstützten Corona-Maßnahmen gehört die Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht für Erwachsene, über die Bund und Länder zeitnah entscheiden wollen. Nach 57 Prozent im Vormonat sprechen sich aktuell 71 Prozent für eine solche Impfpflicht aus. Zuspruch findet eine allgemeine Impfpflicht in den Reihen aller Parteianhängerschaften mit Ausnahme der AfD. Neben einer Corona-Impfpflicht befürworten derzeit jeweils deutliche Mehrheiten den erneuten Publikumsausschluss bei Bundesliga-Spielen (81 Prozent), eine strengere Beschränkung von Kontakten (67 Prozent) sowie das Schließen von Bars, Kneipen (64 Prozent) wie auch von Weihnachtsmärkten (57 Prozent). Während ein Lockdown von Kultureinrichtungen umstritten ist (50:45 Prozent), fände ein Verbot touristischer Übernachtungen in der Bevölkerung keine Unterstützung (38:56 Prozent), ebenso Schließungen in der Gastronomie (31:65 Prozent) oder im stationären Einzelhandel (27:69 Prozent). Jeweils eine klare Mehrheit lehnt erneute Einschränkungen bei Schulen (23:73 Prozent) und Kitas (19:75 Prozent) ab. Insbesondere die Haltung der Deutschen zu Lockdowns im Handel, an Schulen und in der Kinderbetreuung hat sich binnen eines Jahres komplett gewandelt. Anders als aktuell wurden entsprechende Einschränkungen Ende 2020 noch überwiegend begrüßt.



Politikerzufriedenheit: Scholz und Lindner mit deutlichen Verlusten

Mitten in der vierten Pandemie-Welle steht in Deutschland die Übergabe der Regierungsgeschäfte an. Mit der Arbeit von Angela Merkel sind zum Ende ihrer Kanzlerschaft knapp sieben von zehn Deutschen (68 Prozent; -1) zufrieden. Sie ist damit unmittelbar vor ihrer Verabschiedung aus dem Kanzleramt die mit Abstand populärste Partei-Politikerin und überzeugt mehr Wahlberechtigte als die Spitzen des künftigen Berliner Ampel-Bündnisses. Von diesen schneiden Olaf Scholz (51 Prozent; -7) und Robert Habeck (42 Prozent; +/-0) im aktuellen Urteil der Wahlberechtigten vergleichsweise am besten ab. Während der Grünen-Parteichef ähnlich bewertet wird wie im Vormonat, sieht sich der designierte SPD-Bundeskanzler vor dem anstehenden Regierungswechsel mit deutlicheren Sympathieverlusten konfrontiert. Auch der künftige FDP-Finanzminister Christian Lindner verliert bei den Bundesbürgern erkennbar an Rückhalt, 38 Prozent (-6) bewerten ihn derzeit wohlwollend. Annalena Baerbock, zu der sich nur 29 Prozent (-1) positiv äußern, folgt erst mit größerem Abstand.

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2021
Politikerzufriedenheit

			sehr zufrieden / zufrieden	weniger / gar nicht zufrieden	Bekanntheit
Angela Merkel	CDU	-1	68	30	98
Olaf Scholz	SPD	-7	51	40	91
Markus Söder	CSU	-2	45	48	93
Robert Habeck	Grüne	±0	42	37	79
Christian Lindner	FDP	-6	38	50	88
Annalena Baerbock	Grüne	-1	29	62	91
Jens Spahn**	CDU	-11	26	70	96
Ralph Brinkhaus	CDU		21	26	47
Dietmar Bartsch*	Linke	+1	18	33	51
Saskia Esken	SPD	+1	17	43	60
Alice Weidel*	AfD	-1	12	59	71

Sind Sie mit der politischen Arbeit von …?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu November 2021 / *Oktober 2021 / **September 2021
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Kenne ich nicht / weiß nicht / keine Angabe

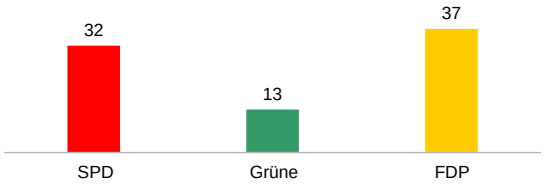
Hinter der Grünen-Parteivorsitzenden liegt im aktuellen Bevölkerungsurteil Noch-Gesundheitsminister Jens Spahn. Er fällt mit 26 Prozent (-11 zu September) auf den niedrigsten Zustimmungswert seit Juli 2018, sieben von zehn sehen seine Arbeit kritisch. Auf ihn folgt Unions-Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus (21 Prozent), der allerdings gut jedem zweiten Bundesbürger kein Begriff ist. Auf den hinteren Plätzen landen im Bevölkerungsurteil der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch (18 Prozent; +1 zu Oktober) und die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken (17 Prozent; +1). Schlusslicht im ARD-DeutschlandTREND Dezember ist die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (12 Prozent; -1 zu Okt.). Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder überzeugt zum Jahresende 45 Prozent der Wahlberechtigten (-2 zu Nov.) und liegt damit im Urteil der Wahlberechtigten knapp vor dem künftigen Vizekanzler von den Grünen.

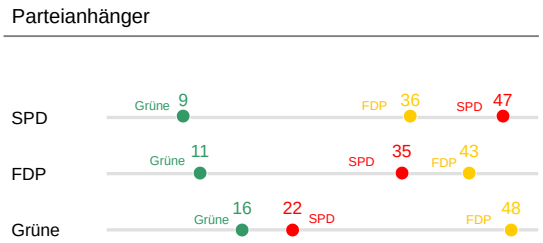
FDP bei Koalitionsverhandlungen im Vorteil

Der von den künftigen Koalitionspartnern vorgelegte Koalitionsvertrag trägt nach Ansicht von 37 Prozent am ehesten die Handschrift der Liberalen. Für 32 Prozent haben sich die Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen am meisten durchgesetzt, für 13 Prozent die Grünen. Während in den Reihen von SPD (47 Prozent) und FDP (43 Prozent) bei gut vier von zehn den Eindruck besteht, die eigene Partei habe am besten verhandelt, teilt bei den Grünen-Anhänger nur jeder Sechste diese Ansicht (16 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2021

Welche Partei hat sich bei Koalitionsverhandlungen am meisten durchgesetzt?

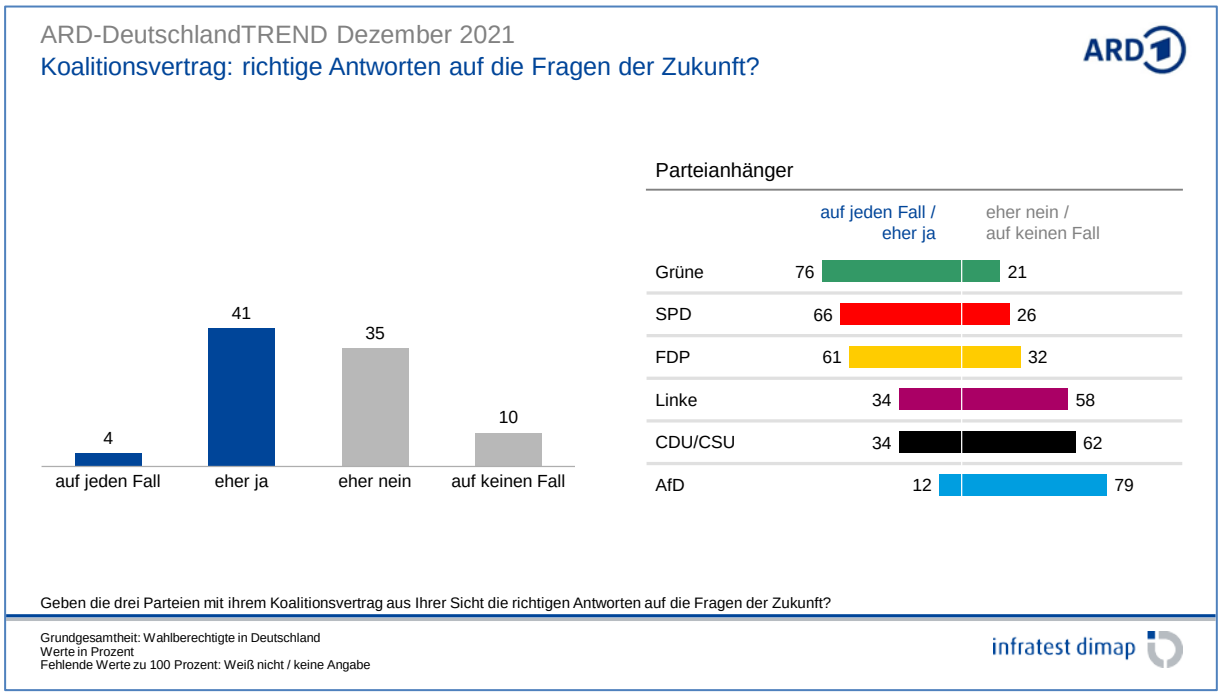




SPD, Grüne und FDP haben sich auf einen Koalitionsvertrag zur Bildung der nächsten Bundesregierung geeinigt. Welche der drei Parteien hat sich Ihrer Meinung nach bei den Koalitionsverhandlungen am stärksten durchgesetzt?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

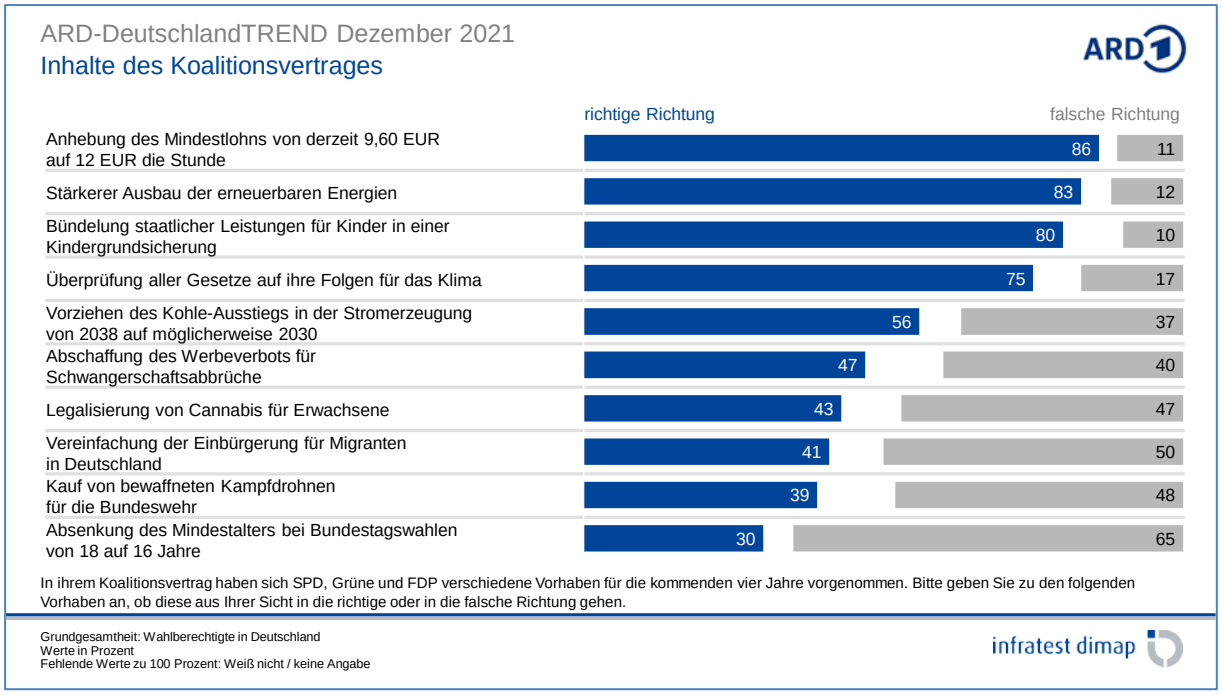
Koalitionsvertrag: Hälfte sieht Antworten auf Fragen der Zukunft



Auch wenn die Grünen-Anhänger sich bei den Koalitionsverhandlungen im Nachteil wähnen, sind sie (76 Prozent) mehr noch als die Anhänger von SPD (66 Prozent) und FDP (61 Prozent) der Ansicht, dass der vorgestellte Koalitionsvertrag durchaus die richtigen Antworten auf die Fragen der Zukunft liefert. Von den Bundesbürgern insgesamt teilt etwa jeder Zweite (45 Prozent) diese Ansicht, ebenso viele (45 Prozent) sind gegenteiliger Meinung. Durchweg skeptisch äußern sich die Anhänger der Bundestagsopposition, insbesondere die Wähler der AfD.

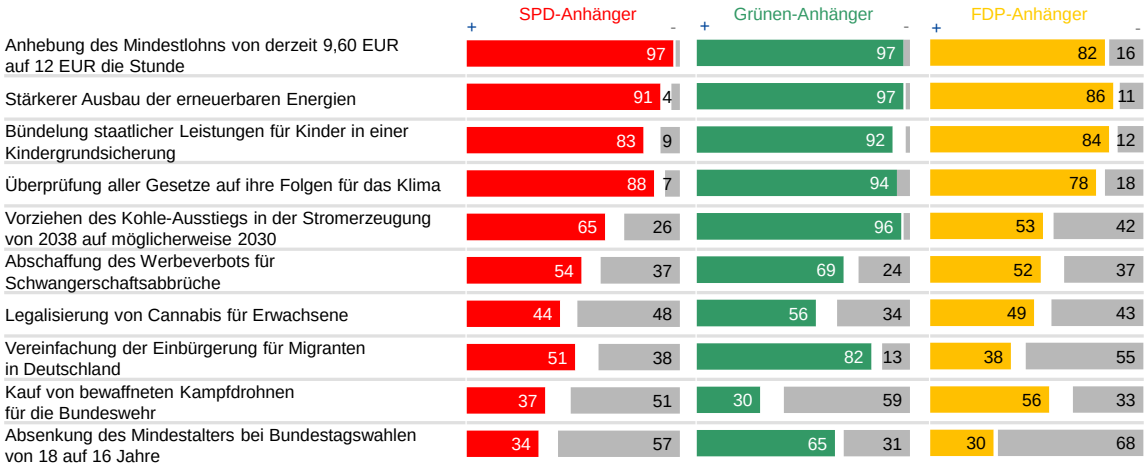
Ampel-Vorhaben: Ja zum Mindestlohn, Nein zur Absenkung des Wahlalters

Zu den Vorhaben der Ampel-Koalition, die in der Bevölkerung deutlich Unterstützung finden, gehören die geplante Anhebung des Mindestlohns (86 Prozent) sowie die Bündelung staatlicher Leistungen für Kinder in einer Kindergrundsicherung (80 Prozent), ebenso der Ausbau der erneuerbaren Energien (83 Prozent) sowie die Einführung eines Klimachecks in der Gesetzgebung des Bundes (75 Prozent). Überwiegenden Zuspruch finden ferner ein Vorziehen des Kohleausstiegs (56:37 Prozent) sowie die Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche (47:40 Prozent). Pläne der Ampel zur Cannabis-Legalisierung stoßen bei den Bundesbürgern auf ein eher geteiltes Echo (43:47 Prozent). Überwiegend ablehnend stehen die Deutschen einer vereinfachten Einbürgerung von Migranten (41:50 Prozent) sowie der Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr (39:48 Prozent) gegenüber. Nur wenig Zuspruch findet der Vorstoß zur Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre (30:65 Prozent).



ARD-DeutschlandTREND Dezember 2021

Inhalte des Koalitionsvertrages: Parteianhänger



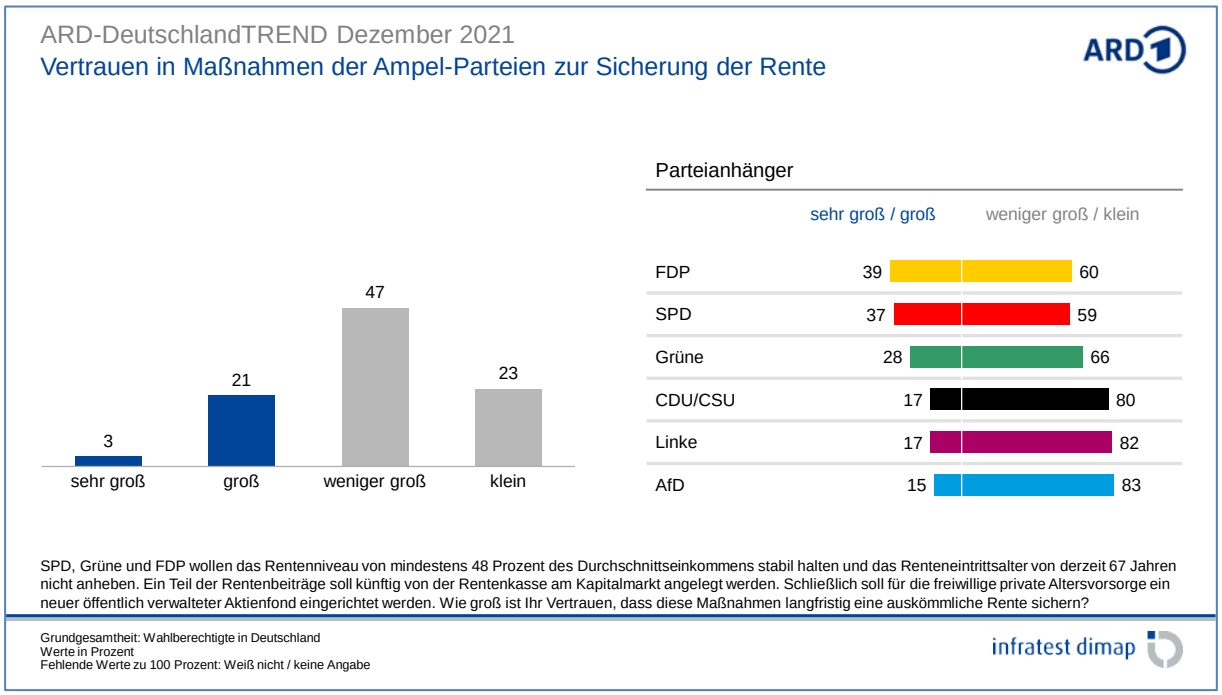
In ihrem Koalitionsvertrag haben sich SPD, Grüne und FDP verschiedene Vorhaben für die kommenden vier Jahre vorgenommen. Bitte geben Sie zu den folgenden Vorhaben an, ob diese aus Ihrer Sicht in die richtige oder in die falsche Richtung gehen.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

In den Reihen der Ampel-Parteien treffen nicht alle Vorhaben gleichermaßen auf Gegenliebe. Einig sind sich die Anhänger von SPD, Grünen und FDP in der mehrheitlichen Unterstützung eines höheren Mindestlohns und der Bündelung von staatlichen Kinderleistungen, ebenso beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Klimacheck in der Gesetzgebung. Auch überwiegt in allen drei Anhängerschaften die Zustimmung zur Abschaffung von Werbeverboten für Schwangerschaftsabbrüche. Dagegen stößt ein vorgezogener Kohleausstieg bei gut vier von zehn FDP-Anhängern (53:42 Prozent) auf Widerspruch, eine vereinfachte Einbürgerung von Migranten lehnt von ihnen mehr als die Hälfte ab (38:55 Prozent). Während FDP-Wähler den Kauf von Kampfdrohnen befürworten (56:33 Prozent), sehen ihn SPD- (37:51 Prozent) und Grünen-Anhänger (30:59 Prozent) eher kritisch. Mit ihrer Unterstützung für eine Absenkung des Wahlalters (65:31 Prozent) und die Legalisierung von Cannabis (56:34 Prozent) stehen die Anhänger der Grünen wiederum allein da. SPD- (34:57 Prozent) und FDP-Anhänger (30:68 Prozent) lehnen Änderungen im Wahlalter ab und sind in der Frage der Cannabis-Legalisierung gespalten.

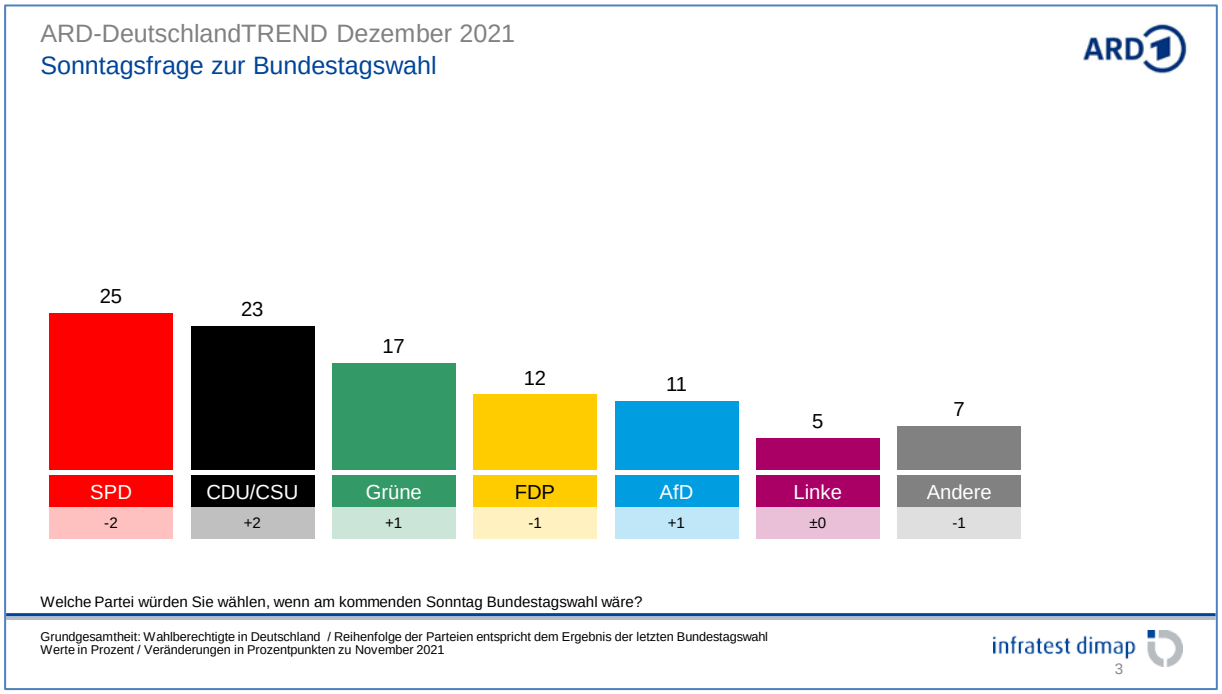
Zweifel an Ampel-Rentenplänen



Die im Koalitionsvertrag vorgestellten Rentenvorhaben der Ampel-Parteien wecken bei den Deutschen bislang nur wenig Euphorie. Sieben von zehn (70 Prozent) sind skeptisch, dass die Stabilisierung des Rentenniveaus, die teilweise Anlage der Beiträge am Kapitalmarkt oder die Einführung einer Aktienrente dazu beitragen können, auch langfristig eine auskömmliche Rente zu sichern. Lediglich ein Viertel (24 Prozent) äußert sein Vertrauen. Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der vorgelegten Rentenpläne überwiegt nicht nur in den Reihen der Opposition, sondern auch unter den Anhängern der künftigen Koalitionsparteien.

Sonntagsfrage: SPD verliert, Union legt zu

In der politischen Stimmung ergeben sich nur geringfügige Veränderungen. Bei einer Wahl zum jetzigen Zeitpunkt hätte die SPD 25 Prozent in Aussicht, 2 Punkte weniger als im Vormonat. Die Grünen liegen mit 17 Prozent (+1) etwas besser, die FDP mit 12 Prozent (-1) geringfügig schlechter. Die Union legt im Monatsverlauf um 2 Punkte auf 23 Prozent zu. Die AfD verbessert sich um 1 Punkt auf 11 Prozent, während die Linke unverändert 5 Prozent in Aussicht hätte. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 7 Prozent (-1).



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD–DeutschlandTREND Dezember 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon*- und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.316 Befragte (860 Telefoninterviews und 456 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	29. November bis 01. Dezember 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0